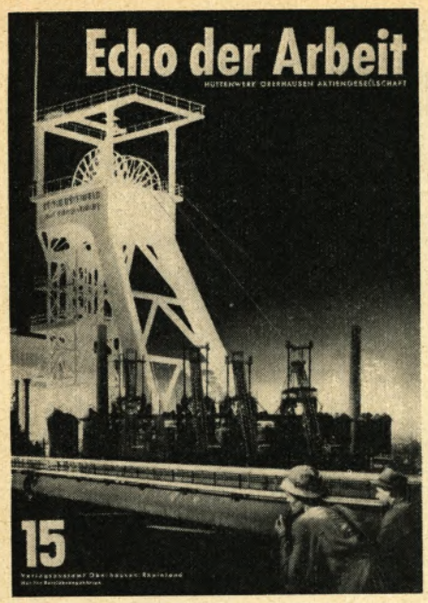
Echo der Arbeit

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAF



15

Verlagspostamt Oberhausen/Rheinland
Nur für Betriebsangehörige



Kohle und Stahl im Oberhausener Raum werden wieder zusammengehören. Durch den Beschluß, die Neue Hoffnung zu einer Tochtergesellschaft der HOAG zu machen, ist ein großer Fortschritt in der Beseitigung der Schäden erzielt worden, die durch die Entflechtung der Alliierten entstanden sind. Das Auseinanderreißen organisch entwickelter und zusammengehörender Teile, wie sie Kohle und Stahl darstellen, konnte auf die Dauer nicht ohne schädliche Auswirkungen auf die Volkswirschaft bleiben. Durch den neuen Beschluß ist diese innere Verbundenheit wieder hergestellt. Kohlenbasis und Roheisenerzeugung als unlösbare Bestandteile eines zusammengehörenden Ganzen — das will die Fotomontage auf unserem Titelbild sagen. Ausführliche Berichte über den neuen Verbund lesen Sie in dieser Ausgabe.

JAHRGANG 8 4. SEPT. 1957 15

Rückverflechtung macht Fortschritte

+

100 Jahre GHH-Bergbau

+

75 Jahre Thomasstahlwerk

+

Juli mit ungünstiger Hitze

+

Versiegt der Ideenstrom?

+

Auf Stottern? — Ja, aber . . .

ECHO DER ARBEIT Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Manfred Okroy, Oberhausen (Rheinland), Werksgasthaus. ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen AG. Auflage: 17000 Exemplare. Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten, Oberhausen (Rhld.). Klischees: Vignold, Essen.

Kohle und Stahl gehören zusammen!

Entflechtung! Dieses Wort beherrschte jahrelang die wirtschaftlichen Überlegungen an Rhein und Ruhr. Es bereitete den verantwortlichen Männern der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus schlaflose Nächte. Dieses Wort ließ aber auch bei den Arbeitern des Ruhrgebiets die Furcht um die Sicherheit des Arbeitsplatzes aufsteigen. Kein Wunder, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammensetzten, um in langwierigen Verhandlungen die schlimmsten Auswirkungen der Entflechtungsmaßnahmen zu verhüten oder wenigstens zu mildern. Es wäre daher wohl töricht, beim einen oder beim anderen der beiden Sozialpartner die Schuld für die Entwicklung zu suchen. Am Anfang war der Potsdamer Vertrag vom 2. August 1945. Auf ihn geht in letzter Instanz die Entflechtung der Ruhrindustrie zurück, denn er forderte summarisch: „Zu dem frühest möglichen Zeitpunkt soll die deutsche Wirtschaft dezentralisiert werden, um die gegenwärtig übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht zu vernichten."

Entflechtung! Das bedeutete für die deutsche Kohle- und Stahlindustrie die Aufsplitterung von organisch gewachsenen Großunternehmen, bedeutete Aufhebung der Verbundwirtschaft und damit Erschütterung des wirtschaftlichen Fundaments der meisten Unternehmen. Die in Jahrzehnten eines natürlichen Wachstums entstandenen Montangesellschaften wurden auseinandergerissen, bewährte Verbindungen zwischen Kohle und Stahl willkürlich getrennt. Immerhin, der Morgenthau-Plan, der aus dem hoch industrialisierten Deutschland einen Agrarstaat machen wollte, kam nicht zur Durchführung. Dennoch aber wurde es der deutschen Montanwirtschaft ungeheuer schwergemacht.

Was Bomben und Demontage verschont hatten, fiel unter die Entflechtungsmaßnahmen der Besatzungsmächte. Was hier an bewährten und in jahrzehntelanger Arbeit von Technikern und Wirtschaftlern entstandenen Verbindungen zerschlagen wurde, verstieß gegen den Geist der Wirtschaftlichkeit und des technischen Fortschritts. Worauf beruhte denn die besondere Stärke und Leistung der Ruhrindustrie, die im Gegensatz zu anderen Stahlindustrien nicht über große Erzvorkommen in der Nähe ihrer Produktionsstätten verfügt? Doch nur darauf, daß die Hüttenwerke sich unmittelbar auf der Ruhrkohle entwickeln konnten und dadurch das Fehlen nahegelegener Erzgruben wettmachten. Eine Stahlindustrie kann auf die Dauer bekanntlich nur dann wirtschaftlich arbeiten, wenn sie entweder auf Erzvorkommen oder auf Kohle aufgebaut ist oder zumindest einen verkehrsgünstigen Standort am Wasser hat.

In dieses gut ausgebaute und energiesparende Verbundsystem, welches das besondere Kennzeichen der Ruhrindustrie war, griffen die alliierten Entflechtungsmaßnahmen ein. An der Entflechtung hat sich dann gezeigt, was dabei herauskommt, wenn am „grünen Tisch" entwickelte Vorstellungen in die Tat gepreßt werden. So waren selbst dann noch, als die Bildung der Montanunion sich bereits abzeichnete, die Alliierten nicht davon abzubringen, daß jedes entflochtene Hüttenwerk eigentumsmäßig nur mit Zechen wieder verbunden werden durfte, die höchstens 75 v. H. des Koksbedarfs dieses Hüttenwerks deckten. Das starre Festhalten an dieser Klausel war schließlich auch die Ursache dafür, warum das Hüttenwerk Oberhausen — obwohl wir unmittelbar auf der Kohle sitzen —, ohne eigene Kohlengrundlage blieb. Zwar fanden sich die Alliierten später bereit, den Verbund des Werkes mit der Zeche Osterfeld zuzulassen. Doch glaubte man auf deutscher Seite, eine Zerreißung zusammengehöriger Zechen wie Osterfeld und Jacobi nicht verantworten zu können.

In der kürzlich durchgeführten außerordentlichen Hauptversammlung, in der es darum ging, durch den Erwerb einer Beteiligung an der Bergbau AG Neue Hoffnung die Nachteile aus der Entflechtung zu beseitigen und die enge Verbindung zur Kohle wiederherzustellen, bezeichnete der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, Direktor Butschkau, das Verbundsystem des GHH-Bereichs nicht nur als bahnbrechend vorbildlich, nach den Worten eines Außenstehenden sogar als „die klassische Form einer Verbundwirtschaft in weitem Sinne", sondern darüber hinaus als geradezu lebensnotwendig. Wenn es auch in der Vergangenheit gelungen sei, so deutete der Aufsichtsratsvorsitzende an, den durch die Entflechtung heraufbeschworenen Zustand durch besondere Lieferverträge mit dem Bergbau zu überbrücken, so blieb im Gegensatz zu anderen Hüttenwerken des Reviers jedoch unsere Versorgung mit einem so wichtigen Rohstoff mit einem erheblichen Unsicherheitsfaktor belastet. Über die Notwendigkeit, das Problem der Rückverflechtung entscheidend anzupacken, dürfte es daher kaum Zweifel gegeben haben. In Ausrichtung auf dieses Ziel sind die Aufsichtsräte und Vorstände sowohl der Hütte als auch des Bergbaus einheitlich zu der Auffassung gelangt, daß die eigentumsmäßige Verbindung wünschenswert und das Mutter-Tochter-Verhältnis, wobei die Neue Hoffnung zur Tochtergesellschaft der HOAG wird, eine zweckmäßige Lösung ist. Die Hohe Behörde der Montanunion hat am 12. Juli 1957 uneingeschränkt den Erwerb der Mehrheit-Aktien durch die Hütte genehmigt. So verfügt also unser Werk, nachdem der den Aktionären angebotene Umtausch — Aktien der Neuen Hoffnung gegen solche der HOAG im Verhältnis 1 : 1 — demnächst abgeschlossen sein wird, wieder über eine eigene Kohlenbasis. Damit wurde, wie Direktor Butschkau erklärte, ein Zustand beendigt, der nicht durch Vernunft, sondern durch negative Gefühle im Zuge der alliierten Entflechtungsmaßnahmen geschaffen worden sei.

—nd.

thyssenkrupp Corporate Archives

Wir hängen alle an einem Seil



Ein Bild aus vergangenen Tagen: In Seilschlingen hängende Bergleute fahren in die Grube ein. Ein Bild jedenfalls mit zeitlos aktueller Sinndeutung, denn heute wie einst hängen Stahlindustrie und Bergbau an einem Seil.

Es ist eine psychologisch interessante Erscheinung, daß der Mensch heute eher geneigt ist, den Klängen einer Zukunftsmusik nachzusinnen, als sich an den Gegebenheiten des Augenblicks zu orientieren. Zugegeben, es ist verlockend, mit dem Gedanken einer voll- oder auch nur teilatomaren Energieversorgung zu spielen. Aber damit ist der westeuropäischen Wirtschaft zumindest im Augenblick nicht gedient. Sie sitzt in einer Energieklemme, die entscheidend die Wachstumsrate für die Produktion der nächsten Jahre bestimmen wird.

Die Energiequellen des Atoms müssen wirtschaftlich erschlossen werden. Daran ist nicht zu zweifeln, denn Steinkohle, Öl und Wasserkraft werden auf weite Sicht nicht in der Lage sein, die ständig steigende Nachfrage zu decken. Doch selbst optimistische Fachleute glauben nicht, daß vor 1970 das Atom zu wirtschaftlich tragbaren Preisen in die Energielücke springen kann. Bis dahin aber, so haben die Statistiker ermittelt, muß die westdeutsche Steinkohlenförderung um 50 Millionen Tonnen auf 175 Millionen gesteigert werden.

Die Atomenergie scheint also noch gerade zur rechten Zeit entdeckt worden zu sein, um auf lange Sicht die Lücke in der Energiewirtschaft zu schließen; andererseits, um die für den größeren Stahlbedarf benötigten Kohlenmengen freizumachen. Die Eisen- und Stahlindustrie sitzt mit der Kohle gewissermaßen in einem Boot. Die mannigfachen Wechselwirkungen der Verbundwirtschaft lassen dies deutlich erkennen. Dabei ist dieser Verbund nicht etwa einer zufälligen Entwicklung entsprungen, sondern aus volks- und betriebswirtschaftlichen Gründen gewollt und lebensnotwendig. Wir hängen, so könnte man im Hinblick auf das nebenstehende Bild sagen, gewissermaßen an einem Seil. In diesem Sinne will dieser Bericht — über die Entwicklungsmöglichkeiten der Stahlindustrie haben wir wiederholt berichtet — einige grundsätzliche Probleme der Kohle aufzeigen.

Seitdem dem Bergbau die Rufe nach Kohle, nach immer mehr Kohle in den Ohren klingen, hat er seine Förderung immerhin recht beachtlich erhöht. Doch reichte dieses Mehr immer noch nicht aus, um alle Wünsche zu befriedigen. Der Steinkohlenbergbau hat alles getan, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Er hat darüber hinaus neue Wege gewiesen, wie die Förderung weiter belebt werden kann: Bereitstellung langfristiger Mittel zum Abteufen neuer Schächte und zur weiteren Mechanisierung der Grubenbaue, Senkung der Umsatzsteuer von vier auf ein Prozent, um endlich dringend erforderliche Investitionen selbst finanzieren zu können.

Die Wünsche und Vorschläge wurden zwar gehört, bis heute aber noch nicht angenommen. Der Bergbau hat nicht versäumt, in diesem Zusammenhang immer wieder auf seine Verantwortung vor der nationalen und supranationalen Wirtschaft der Montanunion hinzuweisen. Von seinem Kohlenexport im vergangenen Jahr, der etwa 25,5 Mill. Tonnen betrug, gingen drei Viertel in die Länder der Montanunion, und zwar zum deutschen Inlandpreis, der wesentlich unter dem liegt, den die Empfangsländer für ihre eigene Kohle fordern. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie aber muß für dringend benötigte amerikanische Kohle bis zu 40 DM je Tonne mehr bezahlen als für Ruhrkohle.

Das ist ein Ausschnitt aus den finanz- und marktpolitischen Schwierigkeiten des westdeutschen Steinkohlenbergbaus. Von zumindest ebenso großer Bedeutung aber sind die technischen Probleme, die meist in der Optik der Zweitrangigkeit erscheinen: Die durchschnittliche Teufe im Ruhrrevier beträgt z. Z. 700 Meter; pro Jahr kommen etwa sechs Meter hinzu; die Kohle ist immer steiler gelagert; die Flöze sind mit zunehmender Tiefe immer stärker verworfen. Die dadurch entstehenden Aufgaben aber lassen sich nicht mit dem Rechenschieber lösen, sondern einzig und allein mit Investitionen.

Die Seele jedes kaufmännischen Betriebes, mag er noch so klein oder noch so groß sein, ist das Streben nach Gewinn als Selbstzweck. Aus diesem Motiv ist der westdeutsche Steinkohlenbergbau herausgetreten. Er strebt nach Gewinn, um seinen großen volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Anders ist es auch nicht zu erklären, daß der Bergbau seine Kunden anhält, mit der von ihm gelieferten Ware umsichtig zu haushalten. Welcher Kaufmann hat das je getan?

Jedes Haus ist so stark wie sein Fundament. Deshalb sollte man in erster Linie dafür sorgen, daß die Grundfesten unserer Wirtschaft gesund und fest werden. Kohle und Stahl sind die tragenden Säulen unseres wirtschaftlichen Lebens. Beginnend mit der Kohlenförderung haben die Austauschbeziehungen über Kokereien, Hochofenbetrieb, Stahlwerke hin zu den Walzwerken und Verarbeitungsbetrieben ein durchaus notwendiges, fein gegliedertes und dicht verflochtenes Wirtschaftssystem entstehen lassen, das auf Eingriffe von außen sehr empfindlich reagiert. Die Entflechtung war ein solcher Eingriff. Eine Dezentralisierung, die ursprünglich lediglich die Größe der Unternehmen zum Entflechtungsmaßstab machte und wenig Rücksicht auf die organisch entwickelten verbundwirtschaftlichen Grundsätze nahm, mußte daher auf die Dauer zu schweren Schädigungen unserer gesamten Volkswirtschaft führen. Auf der einen wie auf der anderen Seite brauchen wir die Verbundwirtschaft: Wir stehen auf einem Förderkorb und hängen alle an einem Seil.

Rückverflechtung macht Fortschritte
Neue Hoffnung wird HOAG-Tochter

Die außerordentliche Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG beschloß am 13. August 1957 ohne nennenswerte Gegenstimmen eine Kapitalerhöhung um 104 Mill. DM auf 208 Mill. DM. Eine entsprechende Satzungsänderung wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung sollen den Aktionären der Neuen Hoffnung im Verhältnis 1:1 zum Umtausch gegen HOAG-Aktien angeboten werden. Es geht darum, durch Erwerb einer Beteiligung an der Bergbau AG Neue Hoffnung die Schäden der Entflechtung zu beseitigen und den Verbund zwischen Hütte und Zeche weiter voranzutreiben und zu stärken. In der Hauptversammlung waren von dem bisherigen Aktienkapital von 104 Mill. DM anwesend insgesamt 226 Aktionäre oder Aktionärsvertreter, durch die ein Kapital von 85 472 600 DM (= 82,18 Prozent des Grundkapitals) repräsentiert wurden. — Gelegentlich der Hauptversammlung der Neuen Hoffnung, die einen Tag später stattfand, empfahl deren Aufsichtsratsvorsitzender Johannes Ernst den Aktionären, von dem Umtauschangebot des Hüttenwerkes ohne Zögern Gebrauch zu machen, um auf diese Weise „so rasch wie möglich Klarheit zu schaffen". In dem folgenden Bericht veröffentlichen wir hierzu einige auch für die Belegschaft interessanten Auszüge aus der Rede unseres Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Butschkau vor der außerordentlichen Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG im Werksgasthaus.

Nach Erledigung der Regulation und der Vorführung eines Films, der die gegenseitigen Wechselbeziehungen zwischen Bergbau und Hütte optisch verdeutlichte, gab Direktor Butschkau zunächst einen Überblick über die Notwendigkeit, gerade im Bereich Oberhausen einen weitgehenden energie-, wasser- und verkehrswirtschaftlichen Verbund wiederherzustellen. Er ging dabei von der historischen Entwicklung des Verbundes im Rahmen der Gutehoffnungshütte aus. Nachstehend die wichtigsten Daten und Ereignisse:

Bekanntlich reichen die Anfänge der Oberhausener Hüttenindustrie bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Die Rohstoffbasis bildete das in der Umgebung der Hütte gefundene Sumpf- und Raseneisenerz und die Holzkohle aus den Wäldern des Emscherbruchs und nicht, wie vielfach angenommen wird, die Steinkohle. 1810 schlossen sich dann die drei Hütten Sankt Antony, Gute Hoffnung und Neu-Essen durch notariellen Vertrag zwischen den Inhabern Jacobi, Brüder Haniel und Heinrich Huyssen zu der Urzelle der GHH, zu der „Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel und Huyssen", zusammen. Nun führte die Erschöpfung der Rohstoffbasis jedoch bald zu einem Rückgang der eigenen Roheisenerzeugung, während die Verarbeitungsbetriebe weiter ausgebaut wurden. Damit setzte die Notwendigkeit ein, Erze von der Lahn und darüber hinaus sogar Roheisen aus dem Ausland zu beziehen. Obwohl die Steinkohle an der Ruhr seit langem bekannt war, gewann sie erst mit der Gewinnung eines für die Erzverhüttung brauchbaren Kokses ihre überragende Bedeutung. 1855 nahm die Gesellschaft alsdann ihren ersten Kokshochofen in Betrieb, nachdem sie im Jahre zuvor in unmittelbarer Nachbarschaft der Hütte die erste Steinkohlen-Mutung erworben hatte. Vor genau 100 Jahren, d. h. 1857, wurde im Zusammenhang mit der Umstellung der Hochofenanlage auf Kokseinsatz die erste werkseigene Kohle auf der Zeche Oberhausen gefördert. Das war die Geburtsstunde des Verbundes zwischen Eisen und Kohle im Oberhausener Raum.

Die Errichtung weiterer Hochöfen zwang dann zu einer Ausdehnung der Kohlenbasis. 1873 begann die Abteufung des Schachtes Osterfeld, 1895 bis 1904 der Schächte Hugo, Sterkrade und Vondern, 1912 erfolgte der erste Spatenstich zu den Jacobi-Schächten. In Verbindung mit den Zechen entstanden die Anlagen für die Koksgewinnung, und zwar neben einer Hüttenkokerei insbesondere eine Anlage von 120 Öfen auf der Zeche Osterfeld.

Gesellschaftsrechtlich wurde 1873 das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und erhielt den Namen „Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb". Um den Charakter der Gesellschaft als Familienunternehmen zu wahren, wurde übrigens nicht beantragt, die Aktien zum Handel an der Börse zuzulassen.

Die Konzentration von Hütte, Bergbau und Weiterverarbeitung auf engem Raum machte eine gemeinschaftliche Wasserversorgung nötig, die um die Jahrhundertwende mit dem Bau des Wasserwerks Aakerfähre begann und später durch die Pumpanlagen auf der Zeche Hugo und durch das Wasserwerk an der Emscher ergänzt wurde.

Die Verbindung zwischen Zeche, Hütte und Weiterverarbeitung erfolgte durch eine Werksbahn, deren Aufgabe umfassend war. Die Kohle mußte von den Zechen zu den Kokereien und zu den verschiedenen Kesselanlagen gefahren werden, der Koks zur Eisenhütte, das Roheisen zu den Stahlwer-



An der Stirnseite des Saales saßen Aufsichtsrat und Vorstand den Aktionären gegenüber. Unser Bild zeigt den Aufsichtsratsvorsitzenden der Hüttenwerk Oberhausen AG, Direktor Fr. Butschkau, während seiner Rede. Links von ihm ist Christian Fette zu erkennen. Rechts im Bild v. r. n. l.: Direktor Karl Strohmenger, Direktor O. A. Siering, Direktor Dr.-Ing. Rudolf Graef und Notar L. Blumberg.

thyssenkrupp Corporate Archives



Insgesamt 226 Aktionäre oder Aktionärsvertreter trugen sich in die am Eingang zum Saal ausliegenden Stimmlisten ein. Sie repräsentierten 85 472 600 DM Kapital; das sind 82,18 Prozent unseres bisherigen Grundkapitals von 104 Mill. DM, das verdoppelt wurde.

ken, das Halbzeug zur Weiterverarbeitung, Kohle zur Verfrachtung von den Zechen nach dem Hafen Walsum, Erze, Kalksteine, Dolomit und das Grubenholz wiederum von dort zur Eisenhütte und zu den Zechen. Der 1905 fertiggestellte Rheinhafen Walsum wurde für die Werke der GHH zum Tor zur Welt.

Ein weiterer wesentlicher Einschnitt hängt nun — wir machen also einen Exkurs durch die Geschichte mit dem Schnellzug — mit Ruhrbesetzung und dem passiven Widerstand zusammen. Nachdem vorher schon die GHH ihren Verwaltungssitz nach Nürnberg verlegt hatte, wurde im November 1923 die „Gutehoffnungshütte AG" mit Sitz in Nürnberg gegründet, auf die der Aktienverein alle im besetzten Gebiet gelegenen Betriebe, vor allem die Oberhausener Stammbetriebe, übertrug. Der Aktienverein, der ursprünglich Produktionsgesellschaft war, wurde durch diese Maßnahme zu einer reinen Dachgesellschaft, einer Holding, wie wir sie heute kennen.

In den folgenden zwanziger Jahren stand nun die GHH zur Sicherung ihrer Existenzfähigkeit unter dem Zwang, eine umfassende Rationalisierung durchzuführen. Diese betraf insbesondere den gesamten energiewirtschaftlichen Verbund, in den zu Anfang der dreißiger Jahre die Ruhrchemie in Holten einbezogen wurde.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde nun durch den Beschluß der Siegermächte, die sich die Dezentralisation der deutschen Wirtschaft zum Ziel gesetzt hatten, die Gutehoffnungshütte Oberhausen AG aufgeteilt und entflochten. Im einzelnen wurde dies durch das Gesetz Nr. 75 der Militärregierung geregelt.

*

Näher auf die sogenannte „Entflechtung" eingehend, erklärte Direktor Butschkau unter Zitierung der Präambel des damaligen Gesetzes der Alliierten Hohen Kommission, daß es nur natürlich sei, „wenn — sobald die gesetzlichen Möglichkeiten eines Wiederzusammengehens vorhanden sind" die Verwaltungen von Bergbau und Hütte die verschiedenen möglichen Formen einer Wiedervereinigung überprüft haben.

Aufsichtsräte und Vorstände der beiden in Frage kommenden Gesellschaften der Bergbau-AG Neue Hoffnung und der Hüttenwerk Oberhausen AG, seien einheitlich zu der Auffassung gelangt, daß eine eigentumsmäßige Verbindung wünschenswert und das Mutter-Tochter-Verhältnis eine zweckmäßige Lösung ist. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl habe am 12. Juli 1957 uneingeschränkt den Erwerb der Mehrheit der Bergbau-Aktien durch die Hütte genehmigt.

Auf die zukünftige Entwicklung nach der Re-Verpflechtung eingehend, erklärte Herr Butschkau: „In voller Übereinstimmung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat der Hütte haben wir, wie ich in den Berichten in den beiden letzten ordentlichen Hauptversammlungen erklären durfte, eine maßvolle Produktions- und Investitionspolitik und nicht die Linie möglichst großer Zahlen und einer Expansion um jeden Preis verfolgt. Dies war das ständige Fazit unserer Überlegungen. Wir müssen und wollen zwar mit der allgemeinen Entwicklung in Übereinstimmung bleiben, aber dabei doch die durch Finanzierungsmöglichkeiten, Auftrags- und Absatzverhältnisse sowie durch die steigende Abhängigkeit der deutschen Rohstoffversorgung vom Ausland gezogenen Grenzen beachten und nicht zu sehr auf das reichlich dargebotene optimistische Ziffernwerk berufener und unberufener Absatzpropheten im blinden Glauben an eine stetig steigende Prosperität vertrauen."

In diesem Zusammenhang teilte er der Hauptversammlung mit, daß unsere Gesellschaft sich entsprechend ihrer Walzkapazität und ihrer Absatzmöglichkeiten auf eine Erweiterung der Rohstahlbasis von heute rd. 1,7 Mill. t auf zunächst 2 Mill. t einstellen würde. Dies und eine sich daran evtl. noch anschließende Erweiterung könne aber wegen der unsicheren Schrottversorgung in der Hauptsache nur über schrottunabhängige Verfahren erfolgen, das bedeute aber eine Verbreiterung der Roheisenerzeugung mit erhöhtem Erz- und Koksverbrauch, aber auch mit verstärktem Anfall von Gichtgas. Ein Mehrverbrauch an Koks könne in Grenzen gehalten werden, einmal durch die Modernisierung der Hochöfen, der Erzklassierung und der Sinterung. Außerdem stehe für die eigene und allgemeine Energieversorgung die Verwertung des Mehranfalls an Gichtgas aus der Erweiterung der Roheisenproduktion und des durch Reduzierung der heutigen Fackelverluste eingesparten Gichtgases zur Verfügung, wenn wir den Verbund intensivierten.

Ein solches Zusammenspiel von Kohle und Eisen werde in unserem Falle trotz des zu erwartenden Koksmehrverbrauchs seitens der Hütte wegen der vorhin geschilderten Einsparung nicht nur keine Beeinträchtigung des freien Marktes für Kohle zur Folge, sondern der freie Markt werde wohl erhebliche zusätzliche Mengen noch aus den Förderreserven des Schachtes Franz Haniel zu erwarten haben.

Überhaupt, so betonte der Aufsichtsratsvorsitzende, gewänne das im Hochofenprozeß anfallende Gichtgas zunehmend an Bedeutung. Das Gichtgas könne in den Zechenkokereien als Unterfeuerungsgas und in Kesselanlagen zur Stromerzeugung verwendet werden. Das Koksgas werde dadurch wiederum für andere Zwecke frei.

So beliefere die Bergbau-AG Neue Hoffnung die Ruhrchemie mit Koksgas. Das nach dem Entzug von Wasserstoff und Schwefel durch die Ruhrchemie verbleibende Gas, das sogenannte Restgas, habe erheblichen Heizwert und eigne sich andererseits besonders für die Befeuerung unserer SM-Öfen. Schon jetzt entfallen, so teilte er mit, von dem gesamten Starkgasverbrauch der Hütte etwa 60 bis 65 Prozent auf das von der Ruhrchemie bezogene Restgas. Zur Zeit werde das anfallende Gichtgas für den Eigenverbrauch und zur Alimentierung des oben geschilderten Dreiecksverhältnisses nicht voll ausgenutzt. „Hier bieten sich also in der Verbundwirtschaft noch erhebliche Möglichkeiten."

Die Ausrichtung der Verbundwirtschaft auf den zu erwartenden erhöhten Koksdurchsatz des Hüttenwerkes mit dem Ziel, für die öffentliche Versorgung erhöhte Mengen an Starkgas und Strom, also veredelte Kohle, zur Verfügung zu stellen, nannte Direktor Butschkau eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten beiden Jahren. Als weitere Aufgabe des technischen Verbundes gab er den Ausbau der einzelnen Wasserversorgungen an.

Im Jahre 1956 wurden 80 Millionen cbm Wasser gefördert, davon über unser Emscher-Wasserwerk 49 Millionen und das Wasserwerk Aakerfähre 31 Millionen cbm. Es sei jedoch geplant, durch entsprechenden Ausbau das Wasserwerk Aakerfähre auf eine Jahresförderung von 39 Millionen cbm zu bringen.

Um die Bedeutung des gemeinsam betriebenen Sektors Verkehr hervorzuheben, nannte er folgende Zahlen: Gleisnetz 260 km Länge, 55 Lokomotiven, 2330 Wagen, Leistung im Kalenderjahr 104 Mill. t-km. Auch auf diesem Gebiet des sogenannten erweiterten Verbundes werde die Wiedervereinigung mit der Kohle die Lösung zukünftiger, sich hier stellender Aufgaben vereinfachen.

*

Zur juristischen und wirtschaftlichen Durchführung der Transaktion erklärte Herr Butschkau den Aktionären, daß der Schritt, zu dem sie nun gebeten würden, ihre Zustimmung zu geben, nicht eine Verschmelzung mit sich daran anschließendem zwangsläufigem Umtausch der Aktien darstelle, sondern erst die Beschlußfassung über die wesentliche Voraussetzung eines freiwilligen Umtausches: die Kapitalerhöhung der HOAG. Mit der Zustimmung der Aktionäre, das Grundkapital der HOAG von 104 Mill. DM auf 208 Mill. DM zu erhöhen, wurde also die entscheidende Vorbedingung für den Wiederzusammenschluß von Kohle und Stahl geschaffen. Bei insgesamt 854726 anwesenden Stimmen gab es nur 580 Gegenstimmen. Die Aktien aus der Kapital-

Fortsetzung Seite 184



„Vor Ort" im Ruhrrevier: Hier beginnt der Verbund zwischen Zeche u. Hütte, hier unten nimmt das Wechselspiel zwischen Kohle und Stahl, das nun im Rahmen der Oberhausener Montanwirtschaft neu belebt wird, seinen Lauf.

thyssenkrupp Corporate Archives

100 Jahre GHH-Bergbau

Oberhausen - erste Verbundzeche

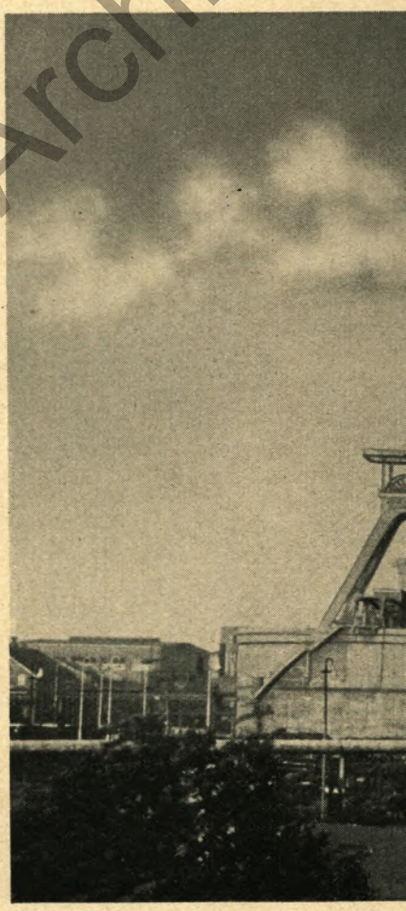
Schon 1853, zugleich mit dem Baubeginn des ersten Kokshochofens, wurde die Steinkohlenmutung „Königsberg" erworben. 1854 begann man mit dem Abteufen der Schachtanlage und im Februar 1857, also vor 100 Jahren, konnte die erste eigene Kohle auf der neuen „Zeche Oberhausen", der ersten Hüttenzeche des Ruhrgebiets, gefördert werden. 1864 folgte die Erwerbung der Kohlenberechtsame der Zeche Ludwig in Essen-Rellinghausen. Das Schwergewicht des Kohlenbergbaues lag mit Rücksicht auf die Verbindung mit dem Hüttenbetrieb jedoch in der nächsten Umgebung von Oberhausen und Sterkrade. 1873 wurde mit dem Abteufen des Schachtes Osterfeld begonnen. 1895 erfolgte der Bau der Zeche Hugo Haniel, 1897 der Zeche Sterkrade, 1898 der Zeche Vondern, 1912 der Jacobischächte und 1921 der Zeche Franz Haniel. Letztere kam aber erst 1952 in Förderung. Den Zechen sind Aufbereitungsanlagen, Anlagen zur Gewinnung von Nebenerzeugnissen, Kokereien und Energiebetriebe angegliedert.

Am 31. März 1931 wurden die Zechen Oberhausen und Hugo Haniel stillgelegt, um für die übrigen Zechen eine einigermaßen ausreichende Beschäftigung zu erhalten. Der Fortgang der Krise machte bald weitere Maßnahmen notwendig. Am 15. Januar 1932 wurde die Förderung von Zeche Vondern nach Zeche Jacobi übergeleitet; am 1. Oktober wurde der gesamte Tagesbetrieb auf Zeche Vondern gänzlich eingestellt. Am 1. Februar 1933 wurde die Zeche Sterkrade stillgelegt und ihre Förderung von der Zeche Osterfeld übernommen. Die Zeche Ludwig wurde 1945 von den Alliierten stillgelegt, im Jahre 1949 an die Gewerkschaft Langenbrahm verpachtet und im Jahre 1954 an diese verkauft.

Der Übergang zum neuzeitlichen Großbetrieb wurde auf den Zechen Osterfeld und Jacobi und Franz Haniel vollzogen. Er war, wenn auch unmittelbar durch die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt, doch letztlich eine natürliche Folge der Technisierung des Bergbaues; nicht eine augenblickliche Aushilfe, sondern eine dauernde Veränderung. Die in den zwanziger Jahren allmählich eingeleiteten Maßnahmen der Mechanisierung sowohl des Abbaues wie des Transportes kamen mit der Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel nun erst zur vollen Auswirkung. Vor allem erhöhten die neuen mechanischen Transportmittel (Rutschen und Bänder) in den Strecken und Streben die Leistung der Abbauförderung. Zeche Osterfeld wurde auf eine tägliche Förderung von 7500 t, Zeche Jacobi auf 6000 t und Zeche Franz Haniel auf eine Förderung von 7000 t eingerichtet.



▲ Ein altes Bild der Zeche Hugo, mit deren Au
Eine langanhaltende Krise des Kohlenbergb
Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, d
zum Abteufen neuer Schächte und gab Veranlass



▲ Panorama der Zeche Osterfeld. Diese Ber
größte Förderkapazität im Oberhausener R
geschaffen. Ganz links der 1958 in Betrie



▲ Die Zeche Oberhausen in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die noch heute im Volksmund vielfach „Königsberg" genannt wird. Hier wurden im Februar 1857 die ersten Kohlen gefördert. Das Problem der Kohlenversorgung war brennend geworden, nachdem der große Koksbedarf der Eisenhütte zu decken war. Die Lösung der Frage ergab sich dadurch, daß in unmittelbarer Nähe der Hochöfen zur Verkokung geeignete Kohle gefunden wurde. Es ist das besondere Verdienst von Hugo Haniel, die Bedeutung des Erwerbs von Kohlefeldern für die Gutehoffnungshütte rechtzeitig erkannt zu haben.



Thyssenkrupp Corporate Archives



beiten 1895 begonnen wurde. zu Ende. Die Gründung des GHH angehörte, ermunterte es Kapital zu investieren.



▲ Hier die Zeche Vondern, 1898 in Betrieb genommen, 1932, zur Zeit der wirtschaftlichen Depression, wurde Vondern stillgelegt und die Förderung nach der Zeche Jacobi übergeleitet.



▲ Ebenfalls Ende des vorigen Jahrhunderts, in das Jahr 1897, fällt die Gründung der Zeche Sterkrade. Bis zur Gründung des Kohlensyndikats hatte der freie Wettbewerb auf dem Kohlenmarkt die Anlage neuer Bergwerke verhindert. Aus Rentabilitätsgründen wurde 1933 die Förderung dieser Zeche von Osterfeld übernommen.



age, die heute noch die weist, wurde bereits 1873 nene Paul-Reusch-Schacht.

▼ 1912 wurde mit dem Bau der Jacobischächte begonnen. Hier eine Aufnahme aus dem Jahre 1932. Auf den Zechen Osterfeld, Jacobi und Franz Haniel vollzog sich für die GHH der Übergang zum neuzeitlichen Großbetrieb.

▼ Die Schachtanlage Franz Haniel wurde erst 1952 in Betrieb genommen. Das Fördergerüst trägt weithin sichtbar den Namen des Mannes, der zu den Gründern gehört.

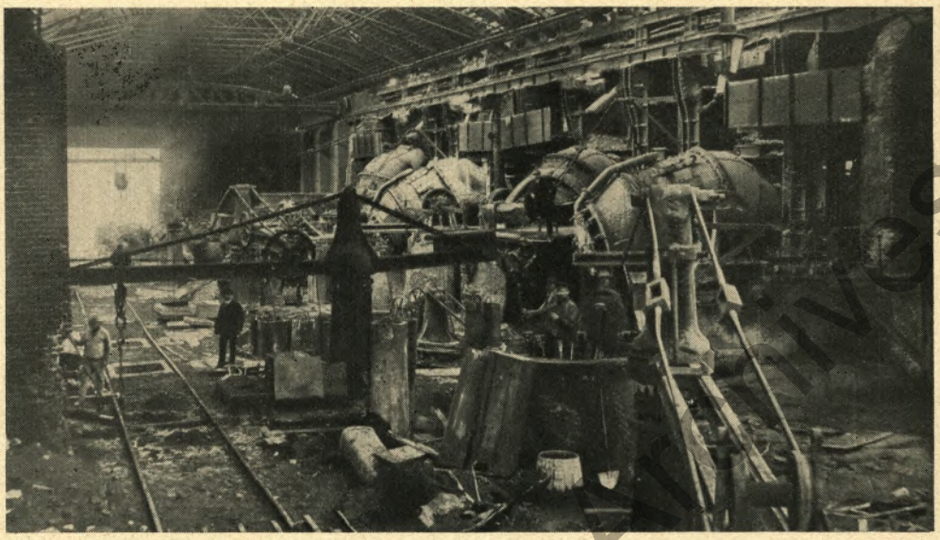


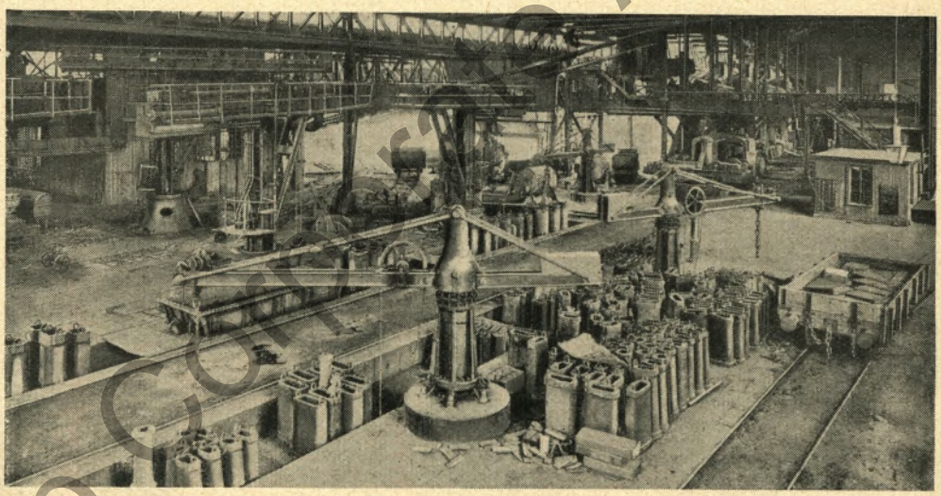


ThyssenKrupp Corporate Archives

75 Jahre Thomasstahlwerk







Jubiläum im Thomasstahlwerk: seit 75 Jahren wird in Oberhausen Thomasstahl hergestellt. Vor 75 Jahren, genau am 22. August, wurde offiziell mit der Stahlproduktion nach dem Thomasverfahren auf Neu-Oberhausen begonnen. Ein Jahr vorher, 1881, hatte die Firma das Ausführungsrecht für das Thomas-Gilchrist-Verfahren erworben. Das Stahlwerk dafür wurde unmittelbar danach eingerichtet, so daß im August 1882 der Betrieb mit zwei Birnen aufgenommen werden konnte. Erste Probeversuche nach dem Thomasverfahren waren bereits in der Zeit vom 13. bis 15. Juli 1881 auf Neu-Oberhausen gemacht worden. Das Schwergewicht der Roheisenverarbeitung lag nun in der Erzeugung von Thomasstahl. Die Erzeugung von Rohluppen und Bessemerstahl starb allmählich ab. Bis 1898/99 lag die Entwicklung der Hütte fast ausschließlich auf der Herstellung von Thomasstahl. In kaum unterbrochener Linie stieg die Erzeugung von Thomasstahl von 18200 Tonnen im Jahre 1882 auf 277000 Tonnen im Jahre 1900. In dem folgenden Jahrzehnt wurde die Produktionssteigerung durch drei Krisen allerdings erheblich verlangsamt. Vorher, am 11. Januar 1895, war ein neues Thomasstahlwerk dem Betrieb übergeben worden. Das Bessemer-Stahlwerk von 1872, in dem seit August 1882 nach dem Thomasverfahren gearbeitet wurde, entsprach nicht mehr den Anforderungen. Unsere nebenstehenden Bilder zeigen oben einen Blick ins Bessemerstahlwerk beim Einbau der ersten Thomasbirnen der GHH im Jahre 1881. Darunter das Thomaswerk 1898. Hinter der Gießgrube oben die Konverter.

Fortsetzung von Seite 181

erhöhung sollen den Aktionären der Bergbau AG Neue Hoffnung zum Umtausch angeboten werden.

Zur Frage des Umtauschverhältnisses erklärte Direktor Butschkau, es habe sich wieder einmal gezeigt, wie schwierig solche Wertfragen zu entscheiden seien und zu weit auseinanderliegenden Bewertungsergebnissen führen könnten. Die beiden zu Rate gezogenen Wirtschaftsprüfer hätten übereinstimmend festgestellt, daß bereits beim Beginn der Entflechtung Wertdifferenzen zwischen Hütte und Bergbau unübersehbar gewesen wären und daß seit der Entflechtung bei der Hütte ein stärkerer Wertzuwachs als beim Bergbau eingetreten sei. Gleichwohl seien diese Sachverständigen dann dem Vorschlag der Verwaltung beigetreten, unter gewissen Voraussetzungen einen Umtausch im Verhältnis 1:1 zu wählen. Die erste dieser Voraussetzungen sei die Regelung, die Vorsicht, daß die umtauschenden Aktionäre der Neuen Hoffnung für neun Monate auf eine Dividende verzichten müssen, weil die jungen Hüttenwerks-Aktien erst vom 1. Oktober an dividendenberechtigt sind. Die zweite Voraussetzung ist die Erwartung, daß günstige technische, wirtschaftliche und sonstige Verbundfolgen eintreten werden. „Diese Verbundfolgen haben wir", so sagte Herr Butschkau, „um zu dem Verhältnis 1:1 zu gelangen, voll und ganz dem Unternehmenswert des Bergbaus zugerechnet, weil wir eben zur weiteren Entwicklung und Sicherung der Stahlproduktion die Beteiligung am Bergbau benötigen."

Die Wirtschaftsprüfer, so konnte Direktor Butschkau mitteilen, bezeichneten das Umtauschangebot für die Aktionäre der Bergbau-Gesellschaft als günstig und für die Aktionäre der Hütte als annehmbar. „Das ist der Standpunkt, den auch Vorstände und Aufsichtsräte beider Gesellschaften angenommen haben."

Der Aufsichtsratsvorsitzende schloß seine Ausführungen mit der Beteuerung: „Wir haben es uns mit diesen Vorschlägen nicht leicht gemacht. Gewiß: niemand ist unfehlbar. Ich glaube aber für Vorstand und Aufsichtsrat in Anspruch nehmen zu können, daß wir uns nach bestem Wissen und Gewissen bemüht haben, eine faire, sowohl den Hütten- wie den Bergbau-Aktionären gerecht werdende und dabei großzügige Lösung im Interesse der Durchführung dieses erforderlichen Wiedervereinigungsschrittes zu finden."

Insofern stellt, wie bereits betont, der von der Hauptversammlung unterstützte Beschluß noch keine Verschmelzung mit dem Bergbau dar, sondern erst eine wesentliche Voraussetzung hierzu. Nach den Worten Direktor Butschkaus werden erst nach Beendigung der Umtauschaktion, die von einem Bankenkonsortium durchgeführt wird, Fragen behandelt werden können, die den Niederschlag der Transaktion auf der Ebene der Verwaltungen, insbesondere der Aufsichtsräte, betreffen und Beschlüsse erfordern. Er bat die Aktionäre um Verständnis dafür, daß dazu im Moment noch keine Erklärungen abgegeben werden könnten.

*

Auf die Frage eines Aktionärs, was aus denjenigen Aktionären werde, die ihre Bergbau-Aktien nicht umtauschten, antwortete Direktor Butschkau, daß diese Aktionäre der Neuen Hoffnung blieben, da ja die Neue Hoffnung als selbständige Gesellschaft bestehen bleibe.

Der Bevollmächtigte der „Schutzvereinigung für privaten Wertpapierbesitz", die bekanntlich die Interessen vieler Kleinaktionäre vertritt, erkundigte sich nach dem Verbleib der Aktien, die auf diese Weise übrig bleiben, wenn nicht alle Aktionäre von dem Umtauschangebot Gebrauch machen. Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau entkräftete die Vermutung, dem Bankenkonsortium könne durch diese Restaktion ein zusätzlicher Gewinn entstehen, mit dem Hinweis, daß die Banken über diese Aktien nur mit Zustimmung des Unternehmens verfügen dürften.

Im Anschluß an den Kapitalerhöhungsbeschluß wies Herr von Banck, Aufsichtsratsvorsitzender des GHH-Aktienvereins sowie der GHH Sterkrade AG, darauf hin, daß der Beschluß die Möglichkeit zu einem Organvertrag zwischen dem Hüttenwerk und der Neuen Hoffnung eröffne.

Lohnbüro in neuen Räumen

Das Lohnbüro ist umgezogen. Ab 19. August befinden sich die Büroräume des Lohnbüros im Quertrakt des neuen Verwaltungsgebäudes. Die Schalterstunden sind von 13.15 Uhr bis 15.00 Uhr. Sie müssen unbedingt eingehalten werden, da in der übrigen Zeit nur noch in Ausnahmefällen eine Abfertigung möglich ist. An den Schaltern sind nun Klingelanlagen.

Juli mit ungünstiger Hitze

● **Betriebslage.** Das heiße Wetter im Berichtsmonat Juli wirkte sich auf den Produktionsablauf nachteilig aus. Hinzu kommt, daß die Zahl der Kranken im Juli erheblich anstieg. Die vorgesehenen Erzeugungsmengen konnten dadurch nicht erreicht werden. Im Hochofenbetrieb wurden — unter Einsatz von Umschmelzeisen — 119000 t Roheisen hergestellt. Der Schlackenversand stieg soweit an, daß die Haldenbestände im Juli um 107000 t abnahmen. Die Rohstahlerzeugung betrug im vergangenen Monat 142000 t. Sie lag damit im Monatsdurchschnitt des laufenden Geschäftsjahres, blieb allerdings gegenüber der Planzahl um einige tausend Tonnen zurück. An Walzerzeugnissen für Fremde waren 112000 t vorgesehen. Erreicht wurden 109470 t. Das Zurückbleiben ist auch im wesentlichen durch die Hitzeperioden in der ersten Monatsdekade zu erklären. Die Halbzeugbestände erfuhren eine Verminderung von 5524 t bei einer Zunahme der Rohblockbestände um 2763 t. Der Walzwerksversand erreichte 103328 t. Der Rückstand trat infolge Behinderung durch die Bauarbeiten an der Quartostraße ein. Bis zum Ende des Geschäftsjahres wird er wieder aufgeholt. Die Ende Juni angelaufene Quartostraße war im Juli im zweischichtigen Betrieb und erzeugte 9000 t Grobbleche. Die Anlaufergebnisse waren überaus zufriedenstellend, insbesondere bezüglich der Maßhaltigkeit und Oberflächenbeschaffenheit der gewalzten Bleche. Der insgesamt durch den Abbruch der alten Triostraße und die Errichtung der Quartostraße entstandene Produktionsausfall von 12000 t Grobblechen wird bis Ende Oktober 1957 wieder aufgeholt sein. — In Gelsenkirchen war der Betriebsablauf — mit Ausnahme der Beeinträchtigungen durch den erhöhten Krankenstand — normal. Es wurden 7250 t Draht und Drahterzeugnisse versandt. Im Hafen Walsum ist mit den Bauarbeiten für die Erzbrech- und Klassieranlage begonnen worden. Wegen der Baugenehmigung für die in Walsum vorgesehene Sinteranlage sind die Verhandlungen mit der Gemeindeverwaltung im Gange.

● **Arbeitseinsatz.** Der durchschnittliche Krankenstand lag im Juli ein Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres und betrug 4,69 Prozent. Er schwankte im Laufe des Monats sehr stark, so daß in der Spitze an einem Tag 190 Belegschaftsmitglieder weniger im Betrieb waren als bei normalem Krankenstand. Diese Entwicklung dürfte zum überwiegenden Teil auf das Gesetz über die wirtschaftliche Besserstellung im Krankheitsfalle zurückzuführen sein, das von einzelnen Belegschaftsmitgliedern wahrscheinlich mißbraucht wird. Zum Teil hat aber auch die Hitzeperiode den Krankenstand ungünstig beeinflußt. Es sind verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden, um die Ursachen des erhöhten Krankenstandes festzustellen und ihn wieder auf ein normales Verhältnis zurückzuführen. Die Betriebskrankenkasse mußte zur Deckung ihrer sprunghaft angestiegenen Ausgaben eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeiter von 6 auf 6,8 Prozent vornehmen. Die Angestelltenbeiträge wurden von der Erhöhung ausgenommen, weil der Krankenstand der Angestellten unverändert geblieben ist und damit auf der Angestelltenseite auch keine Mehrausgaben entstanden sind. Für den Fall, daß der Krankenstand nicht auf ein normales Maß zurückgeht, wird überlegt, das Weihnachts- und Urlaubsgeld nach dem tatsächlichen Arbeitseinkommen des einzelnen zu bemessen und die Krankheitszeiten nicht mehr auszugleichen. Die Zahl der Unfälle ist im Juli auf 83 angestiegen gegenüber 50 im Juni. Verstärkte Maßnahmen zur Unfallverhütung sind eingeleitet. Die starke Fluktuation bei den in den vergangenen Monaten neu eingestellten Belegschaftsmitgliedern hält noch an. Die Arbeitseinsatzverhältnisse in Gelsenkirchen zeigten im Juli die gleichen Merkmale wie die in Oberhausen.

● **Absatzlage.** Die Absatz- und Preisverhältnisse bei Feinblechen, Walzdraht, Oberbaumaterial und Halbzeug sind unverändert. Beim Export von Schiffbaumaterial konnten wir infolge des stärkeren Angebots aus dem Ausland die bisherigen Preise nicht mehr erzielen. In Gelsenkirchen ist der Auftragseingang im wesentlichen unverändert. Der der Jahreszeit entsprechend zu erwartende Rückgang ist noch nicht eingetreten.

● **Versorgungslage.** Die Lieferzeiten für Betriebsmaterialien haben sich etwas verkürzt. Der Erzzugang entsprach im Juli den Erwartungen. Die Bestände konnten erhöht werden. Der Schrottzulauf war reichlich, die Qualität jedoch teilweise schlecht. Die Frachten haben sich wesentlich verringert.

● **Finanzlage.** Der Umsatz stieg im Juli auf 63 Mill. DM an, nachdem er im Juni nur 54,7 Mill. betragen hatte. Der geringere Umsatz im Juni sowie die Aufstockung der Rohstoffvorräte hat sich auf die Ergebnis- und Liquiditätslage ausgewirkt.

● **Urlaub.** Im Berichtsmonat wurden in Oberhausen 11,4 Prozent des Jahresurlaubsplans abgewickelt; vorgesehen waren 10 Prozent. Damit sind in diesem Jahr bis Ende Juli 55 Prozent des Jahresurlaubs abgewickelt. 1576 Urlaubsschecks wurden eingelöst mit einem Gesamtbetrag von 243113 DM. Das entspricht einer Durchschnittsurlaubsvergütung von 154,26 DM je Belegschaftsmitglied. In Gelsenkirchen wurden im Juli 15,5 Prozent des aufgestellten Jahresurlaubsplans abgewickelt, vorgesehen waren 10 Prozent. Bis Ende Juli sind damit 62,3 Prozent des Jahresurlaubs genommen worden. Im Gelsenkirchener Lohnbüro wurden 228 Urlaubsschecks mit einem Gesamtbetrag von 30938 DM eingelöst. Das entspricht einer durchschnittlichen Urlaubsvergütung von 136 DM je Belegschaftsmitglied.

● **Vorschlagswesen.** Am 1. Juli lagen in Oberhausen noch 72 unerledigte Vorschläge vor, hinzu kamen 11 neue. Von diesen insgesamt 83 Verbesserungsvorschlägen wurden 29 bearbeitet, und zwar elf mit Geldprämien, fünf mit Buchprämien. Stand am 31. Juli: 54 noch nicht abschließend bearbeitete Vorschläge. In Gelsenkirchen waren es am 1. Juli noch 12 unerledigte Vorschläge, hinzu kam ein neuer. Von diesen 13 Vorschlägen wurden vier bearbeitet: zwei mit Geldprämien, einer mit Buchprämie. Stand am 31. Juli: neun noch nicht abschließend bearbeitete Vorschläge.

● **Wohnungsbau.** Von den 198 Wohnungen des ersten Abschnittes im Knappenviertel sind inzwischen alle fertiggestellt und bezogen. Im Rahmen des zweiten Abschnittes ist mit der Errichtung von 66 Wohnungen begonnen worden. Außerdem ist — wie bereits berichtet — ein Hochhaus mit weiteren 30 Wohnungen in der Planung. In Walsum wird Vorsorge getroffen, den erforderlichen Wohnraum zu beschaffen für die zusätzlichen Belegschaftsmitglieder, die für die neue Erzaufbereitungs- und Sinteranlage benötigt werden.

Die letzten Mieter zogen ein

Wieder ist ein großer Teil unseres Wohnungsbauprogramms erledigt: der erste Bauabschnitt im Knappenviertel ist beendet. Sämtliche 198 Wohnungen sind bezogen. Die Mieter der letzten 18 Wohnungen erhielten ihre Schlüssel Mitte dieses Monats. 198 Belegschaftsmitglieder mit ihren Familien haben eine Sorge weniger: die Suche nach einer zufriedenstellenden Wohnung hat aufgehört. Wenn man bedenkt, wie sehr ein geordnetes Familienleben unter unzulänglichen Wohnbedingungen leiden kann, versteht man die Freude derjenigen, die eine neue Wohnung beziehen konnten. Bei der Planung für den ersten Bauabschnitt im Knappenviertel berücksichtigte man die unterschiedliche Größe der einzelnen Familien. Deshalb wurden 24 Zweieinhalbraum-, 24 Viereinhalbraum- und 150 Dreieinhalbraum-Wohnungen gebaut. Die letzten 18 Wohnungen, die Mitte August bezogen wurden, besaßen alle dreieinhalb Räume. Die Erfahrung lehrt, daß Wohnungen dieser Größenordnung am meisten gefordert und benötigt werden. Inzwischen ist — wie bereits mehrfach berichtet — mit dem zweiten Bauabschnitt im Knappenviertel ebenfalls begonnen worden. 66 Wohnungen werden gebaut, außerdem ist ein Hochhaus mit weiteren 30 Wohnungen geplant. Auch die Kinder sind nicht vergessen: hinter dem Bunker wird für sie ein Spielplatz errichtet, der sich gut in die Grünanlagen einordnet, die größtenteils schon fertiggestellt sind. Unser Bild zeigt Mieter beim Einzug in die zuletzt fertiggestellten Häuser des ersten Bauabschnittes im Knappenviertel, wo sie ihre gewünschte Wohnung bekommen haben.



thyssenkrupp Corporate Archives

VERSIEGT DER IDEENSTROM?



Ideen sind Geld wert! Dieser Satz ist bei uns schon beinahe so etwas wie ein geflügeltes Wort geworden. Viele Kollegen scheinen aber von diesem Geld gar nicht allzu viel zu halten. Das beweist die Zahl der in Oberhausen und Gelsenkirchen eingereichten Verbesserungsvorschläge. Diese Zahl ist in den letzten Wochen ständig gesunken. Immer weniger Verbesserungsvorschläge gehen ein. Die Chance, sich durch eine Idee und einen Verbesserungsvorschlag auf verhältnismäßig einfache Art einen manchmal immerhin recht beachtlichen Nebenverdienst zu schaffen, wird nur noch von wenigen genutzt. Woran liegt das? Sind die Ideen in Oberhausen und Gelsenkirchen versiegt? Ideen kommen natürlich nicht im Schlaf. Sie wollen erarbeitet werden. Darüber berichteten wir noch in der vorletzten Ausgabe der Werkzeitschrift im Rahmen eines Buchauszugs des Amerikaners Robert P. Crawford. Die Tatsache, daß der Eingang an Verbesserungsvorschlägen nachgelassen hat, stimmt bedenklich. Es ist wahrscheinlich müßig, nach den Ursachen zu forschen. Entweder kommt dabei gar nichts heraus, oder nur die Tatsache, daß wir ein wenig zu träge sind, bewußt mitdenkend zu arbeiten, eine Sache von allen Seiten ins Auge zu fassen, sich Gedanken darüber zu machen: „Wie kann ich vereinfachen? Wo kann ich verbessern?" Mitdenken im Betrieb lohnt sich immer noch. Verbesserungsvorschläge sind immer noch Geld wert. In diesem Sinne soll der folgende Bericht anregend wirken. Jeder sollte ihn aufmerksam lesen — und dann: „Ran ans Mitdenken"!

Es ist bei uns beinahe üblich, daß wir uns zu Hause mit großer Leidenschaft und aufopferungsvollem Streben auf den Bau eines neuen, mit allen Schikanen eingerichteten und trotzdem ausgesprochen billigen Kaninchenstalles, eines Motorradschuppens oder einer neuen Heizungsanlage stürzen. Manch einer verbringt die Abende langer Jahre damit, eine bis in die letzte Einzelheit rationalisierte und mechanisierte Küche für seine Frau zu basteln. Es regt ihn sogar auf, wenn seine Frau mehr als drei Schritte vom Herd zum Vorratsschrank gehen muß. Aber bei seiner täglichen Arbeit im Betrieb hört er auf, so zu denken. Dort wird entweder der überlegende, kritische Verstand ganz abgeschaltet. Oder aber eine neue Idee wird aus Gleichgültigkeit, aus der Haltung des „Was geht es mich an!" nicht vorgetragen. Zwar kann man diese Trennung von privater und dienstlicher Aktivität nicht grundsätzlich von allen behaupten, aber solche Einstellung ist doch sehr häufig anzutreffen. Das geschieht allen vernünftigen Argumenten zum Trotz, denn eigentlich ist in einem Betrieb doch viel Lohnenderes zu erfinden als zu Hause.

Es gibt viele Möglichkeiten

Vielleicht kann man beispielsweise die Leistung einer Maschine durch eine einfache Auswechslung des steuernden Handgriffs auf das Doppelte steigern. Vielleicht läßt sich durch das Anbringen einer Schutzhaube an einer bestimmten Stelle jede Unfallgefahr beseitigen. Vielleicht kann man durch eine Umstellung verschiedener Maschinen den Transportweg der Güter um die Hälfte vermindern. Es gibt unzählige Möglichkeiten, in einem Betrieb die Arbeit zu vereinfachen und zu verbessern. Abgesehen davon, daß man mit einer neuen Idee sich selbst die Arbeit leichter machen, Ärger vermeiden und somit das allgemeine Arbeitsklima heben kann, vermag sich ein neuer Vorschlag in einem nicht voraussehbaren Ausmaß auszuwirken.

Ein Beispiel nur: jemand ärgert sich in einem Betrieb über eine Stehleiter, die auf dem glatten Boden immer wieder abrutschte. Er schlug vor, die Leiter unten mit Gummipuffern zu versehen, damit er und seine Kollegen damit nicht soviel Ärger hätten. Das war eine ganz einfache Idee. Sie wurde ausgeführt. Aber nicht nur bei der einen Leiter, sondern grundsätzlich bei allen Leitern des Betriebes. Im Verlauf der Zeit mußte sogar wegen der großen Nachfrage die besondere Serienfertigung solcher Gummischuhe für Leitern aufgenommen werden. Aus einer einfachen Idee wurde ein richtiggehender Produktionszweig.

Es ist bedauerlich, daß viele von uns zu sehr abgestumpft sind, um sich solche Ideen durch den Kopf gehen zu lassen. Denn so gut unsere Maschinen und Arbeitsmethoden heute sind, so gibt es doch nichts, was nicht weiter verbessert werden könnte.

Alle zusammen wissen mehr

Diese Verbesserungsideen auszuknobeln ist zwar zunächst Sache des Technikers und Ingenieurs. Je größer aber die Maschinen und je unübersichtlicher die Arbeitsvorgänge werden, desto notwendiger ist das Mitdenken aller Betriebsangehörigen. Dabei sollten wir nicht nur an unseren eigenen Arbeitsplatz denken. Wenn man im Vorübergehen einen Blick auf die Arbeit eines Kollegen wirft, fällt einem Unbeteiligten nämlich viel eher etwas Unvernünftiges, Unrationelles an der Arbeit des anderen auf. Dann den Mund aufzumachen, darauf kommt es an. Auch wenn einem allein manchmal die nötige Übersicht oder Kenntnis fehlen sollte, darf man nicht resignieren. Vielleicht hat ein Kollege, der Vorarbeiter oder der Meister eine ergänzende Idee. Keiner weiß schließlich soviel wie alle zusammen.

Wir müssen mit offenen Augen durch unseren Betrieb gehen. Jede Idee eines Menschen, die eine bisher bewährte Arbeitsmethode verbessert, ist wichtig für den Fortschritt unserer Wirtschaft. Ist sie besser als die alte Methode, so wird mit der allgemeinen Verwirklichung der Idee vielen gedient: dem Unternehmen, das dann billiger produzieren kann; der Belegschaft, deren Arbeitsplatz durch die erhöhte Konkurrenzfähigkeit des Betriebes besser gesichert wird; der Volkswirtschaft, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger wird; und nicht zuletzt dem Arbeitnehmer selbst.

Wenn jemand eine Idee zur Arbeitsverbesserung vorträgt, beweist er, daß er sich über seine Arbeit Gedanken macht und nicht bloß mechanisch das tut, was ihm gesagt wird. Er beweist, daß er sich für seine Arbeit und seinen Betrieb mitverantwortlich fühlt. Und wenn eines Tages jemand gebraucht wird, der für den kranken Vorarbeiter, den Meister, den Sachbearbeiter im Bürobetrieb einspringen soll, dann ist es bestimmt zuerst immer der, der gezeigt hat, daß er Anteil nimmt an seiner Arbeit. In diesem Sinne ist es wichtig für jeden, der im Leben vorankommen will, der mehr verdienen und sich mehr leisten will, sich aktiv an seiner Arbeit zu beteiligen und den Dingen nicht einfach ihren Lauf zu lassen.

Um zu neuen Vorschlägen aus dem Kreis der Mitarbeiter anzuregen, um diese Ideen auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen und um den Vorschlagenden schließlich auch gerecht an dem materiellen Gewinn seiner Idee zu beteiligen, ist das betriebliche Vorschlagswesen von uns — und auch in anderen Betrieben — regelrecht organisiert worden. Diese Bewegung ging von den USA aus. So reicht zum Beispiel in amerikanischen Industriebetrieben durchschnittlich jeder vierte Arbeiter einmal im Jahr einen Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsmethoden in seinem Werk ein. In den deutschen Betrieben, die seit einigen Jahren das organisierte betriebliche Vorschlagswesen fördern, macht im Durchschnitt jeder 13. Arbeitnehmer einmal im Jahr einen Vorschlag. In den Vereinigten Staaten sind durch diese Maßnahmen allein im Jahr 1956 in 6000 Unternehmen rund 500 Millionen Dollar eingespart worden. Das sind mehr als zwei Milliarden Mark.

In diesen Betrieben wird regelmäßig um Vorschläge geworben. Es gibt wie bei uns regelrechte Kommissionen, deren Vertreter der Betriebsleitung, dem Betriebsrat und technische Sachverständige angehören. Sie urteilen über alle eingereichten Vorschläge, ob sie brauchbar oder nicht brauchbar sind, und entscheiden gleichzeitig auch über die Höhe der Prämie für den „Erfinder". Selbstverständlich wird auch dort der Vorschlagende für seine Idee belohnt. Er erhält meist einen bestimmten Anteil an den Einsparungen, die durch die Verwirklichung seiner Idee erzielt wurden. Andererseits werden aber auch Anerkennungsprämien für Vorschläge ausgegeben, die lediglich der guten Zusammenarbeit, dem Unfallschutz oder der Gesunderhaltung der Arbeitnehmer dienen. In der Bundesrepublik betrug die Durchschnittsprämie bisher 82 DM.

Nicht jede Idee ist brauchbar

Was muß derjenige beachten, der sich Gedanken über seine Arbeit machen und Verbesserungsvorschläge einreichen will? Um es noch einmal aufzuzählen: Erfinden Sie kein neues perpetuum mobile. Das gibt es sowieso nicht. Aber wichtig ist jede Idee, die praktisch zu verwirklichen ist und die

- die Qualität der Erzeugnisse verbessert,
- die Produktion steigert,
- die Arbeit oder die Organisation vereinfacht,
- Material, Energie, Zeit oder Transportwege einspart,
- die allgemeinen Arbeitsbedingungen, ja sogar das Betriebsklima verbessert,
- die Sicherheit am Arbeitsplatz erhöht oder
- der Gesundheit der Mitarbeiter dient.

Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß vielleicht nicht jeder gut gemeinte Vorschlag auch wirklich brauchbar ist. Die Erfahrung besagt, daß nur jeder zweite oder dritte Vorschlag verwirklicht werden kann, so gut und schön auch die Idee an sich ist.

Nur keine Hemmungen haben

Natürlich mag mancher, der eine gute Idee hat, Hemmungen haben. Vielleicht fürchtet er, um den Lohn seines Einfalls zu kommen. Diese Furcht ist unbegründet. Das Recht eines Erfinders auch an kleinen Verbesserungsvorschlägen bleibt gewahrt. In dem neuen Gesetz über Arbeitnehmererfindungen steht, daß ein Arbeitnehmer, der einen vom Arbeitgeber verwerteten Verbesserungsvorschlag macht, in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf eine angemessene Vergütung durch den Arbeitgeber hat. In der Regel soll die Höhe der Prämie für einen Verbesserungsvorschlag in Tarifverträgen oder — wie bei uns — in Betriebsvereinbarungen festgelegt werden. Eine weitere Maßnahme hat die Bundesregierung bereits im vorigen Jahr getroffen. Danach bleiben Prämien für Verbesserungsvorschläge bis zu einer Höhe von 200 DM jährlich grundsätzlich steuerfrei.

Jeder Mitarbeiter sollte also Initiative entwickeln, mitdenken und, wenn er meint, eine gute Idee gefunden zu haben, sich vertrauensvoll an die zuständige Stelle wenden. Er wird die Erfahrung machen, die inzwischen schon viele seiner Kollegen gemacht haben: Mitdenken lohnt sich auch im Betrieb!

thyssenkrupp Corporate Archives

Auf Stottern? - Ja, aber...

Auf Raten kaufen scheint heute für viele Menschen der einzig mögliche Weg, um größere Anschaffungen, die unter Umständen unbedingt notwendig sein können, zu machen. Ratenzahlung ist so in zahlreichen Fällen zu einer Art Zwangssparen geworden. Geld, das sonst verkleckert und vertan würde, muß nun zusammengehalten werden, um die fälligen Raten zahlen zu können.

Die Abzahlungsgeschäfte sind aus dem Leben des Durchschnittsverbrauchers und aus dem wirtschaftlichen Tagesgeschehen nicht mehr wegzudenken; auch diese Käufe „kurbeln die Wirtschaft an". Grundsätzlich ist gegen die Ratenzahlung also nichts einzuwenden, es liegt aber im Interesse von Käufer und Verkäufer, daß gerade beim „Stottern" sinnvoll und wohlüberlegt gekauft wird. Jeder, der im Begriff ist, einen Teilzahlungsvertrag zu unterschreiben, sollte sich darüber im klaren sein, daß er damit ein Stückchen persönlicher Freiheit aufgibt. Wieso — fragen Sie? Nun, es könnte zum Beispiel sein, daß er eines Tages eine aussichtsreichere Stellung angeboten bekommt, allerdings würde er in den ersten Monaten etwas weniger verdienen — oder aber der Stellungswechsel würde einen Wohnungsumzug notwendig machen. Nun muß er vielleicht verzichten, weil er es sich wegen seiner Abzahlungspflichten nicht leisten kann, eine Zeitlang „zuzuschießen" oder die Unkosten für den Umzug aufzubringen. Es könnte auch sein, daß man nach einer Krankheit eine kleine Erholungsreise machen müßte. Man kann es nicht tun, weil man seine Zahlungsverpflichtungen gewissenhaft erfüllen will.

An diese Kehrseite des Ratenkaufes denken vorher die allerwenigsten. Jeder Ratenkäufer sollte sich gewissenhaft fragen: Reicht mein Einkommen zum Abstottern? Liegt diese Anschaffung auch wirklich im Rahmen meiner Lebenshaltung? Und ist mein Einkommen für die nächste Zeit so sicher, daß ich eine solche Verpflichtung übernehmen kann? — Es wird schon gehen — sagen sich manche Käufer zuversichtlich, und es geht dann auch zwei, drei, vielleicht fünf oder gar sechs Monate lang. Der Radioapparat oder das Schlafzimmer, das Motorrad oder der Kühlschrank sind vielleicht schon zur Hälfte bezahlt — doch dann kommt das unvorhergesehene Ereignis: Krankheit, ein Todesfall in der Familie oder dergleichen, und — die Raten können nicht mehr eingehalten werden. Was dann? Nun, dann lesen die meisten Abzahlungskäufer ihren Ratenzahlungsvertrag zum erstenmal richtig durch und machen sich die Mühe, auch einmal die Kredit- und Zinskosten nachzurechnen. Und dann kann es Überraschungen geben, wenn man feststellt, wie teuer man auf Raten — im Vergleich zum Barkauf — gekauft hat. Manch einer würde vielleicht doch lieber sparen und bar zahlen, wenn er sich über die Höhe der Kreditkosten klar wäre.

*

Der kreditgebende Einzelhandel und die Teilzahlungsbanken zeigen zwar im allgemeinen Verständnis, wenn ein Ratenkäufer einmal unverschuldet in Schwierigkeiten gerät und gewähren unter Umständen einen gewissen Aufschub. Aber wer sich leichtfertig mit seinen Zahlungsverpflichtungen übernimmt, darf eigentlich nicht auf Entgegenkommen rechnen. Der Kreditgeber behält sich immer bis zur Bezahlung der Gesamtschuld das Eigentumsrecht vor. Darum kann der Käufer auch nicht geltend machen, daß die schon halbbezahlten Gegenstände, weil sie „lebensnotwendig" sind, ihm nicht weggenommen werden dürfen. Kommt es bei Nichteinhaltung der Raten zu rechtlichen Auseinandersetzungen, so büßt der Käufer oft nicht nur seine bereits geleisteten Teilzahlungen ein, sondern haftet auch noch für die entstandenen Kosten, denn der zurückgeforderte Gegenstand hat inzwischen infolge des Gebrauchs eine Wertminderung erfahren.

*

Und noch ein dritter ist mit im Spiel: der Betrieb. Dessen Lohnbuchhaltung muß in Tätigkeit treten, wenn der „Stotterer" die vereinbarten Ratenzahlungen nicht einhält und der Verkäufer, um zu seinem Geld zu kommen, die Lohnpfändung veranlaßt. Die Belastung der Betriebe durch solche Lohnpfändungen ist nicht gering. Bei Großbetrieben nehmen sie einen derartigen Umfang an, daß für ihre Bearbeitung besondere Arbeitskräfte eingestellt werden müssen. Denn: es gehört dazu eine umfassende Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen über die Lohnpfändung sowie die für jeden Fall gesondert vorzunehmende Berechnung des pfändungsfreien Betrages, die beim schwankenden Einkommen vieler Ratenkäufer bei jeder Lohnzahlung erneut erfolgen muß. Und schließlich: dem Verkäufer gegenüber muß nun der Betrieb und dessen Lohnbuchhaltung gerade stehen.

*

Unser deutsches Teilzahlungsgesetz stammt aus dem Jahre 1894. Ein neues ist im Entstehen. Es wird unter anderem gefordert, daß alle gegen Teilzahlung angebotenen Waren mit dem Barkaufpreis und den Kosten der Kreditgewährung ausgezeichnet werden müssen. Es wird außerdem verlangt, daß bei einem Kaufpreis bis zu 500 DM mindestens 20 Prozent, sonst mindestens 25 Prozent angezahlt werden müssen. Bis zu einem Preis von 1000 DM sollen sich die Ratenzahlungen höchstens über zwölf Monate erstrecken dürfen — bei höheren Krediten nicht über 24 Monate. Man geht offensichtlich von der Erfahrung aus, daß allzu entgegenkommende Bedingungen bezüglich geringer Anzahlung und Bemessung der Raten so manch einen zu unüberlegten, unvernünftigen Käufen veranlaßt.

*

Diese Erfahrung können wir selbst täglich machen. Je einfacher es uns gemacht wird, Dinge zu erstehen, für deren Kauf früher monate- oder unter Umständen auch jahrelang gespart werden mußte, desto eher lassen wir uns zu unüberlegten und voreiligen Käufen hinreißen. So manch einer würde wohl erst mal vor dem Kauf eines neuen Motorrades zurückschrecken, wenn er gezwungen wäre, ein oder zwei Jahre dafür eisern zu sparen und während dieser Zeit auf manches zu verzichten. Wenn einem aber der Kauf so leicht gemacht wird, daß man kaum etwas davon spürt, sind viele nur zu schnell geneigt, flink zuzugreifen und Dinge zu erstehen, die man unter anderen Umständen nach klarer Überlegung wohl niemals gekauft haben würde. Diese klare Überlegung sollten wir aber vor keinem Kauf vergessen. Und dann: Ratenkäufe so sparsam wie möglich. Nach abgeschlossenem Ratenkaufvertrag ist es zu spät, zurückzutreten.

*

Dem sparsamen Hausvater einer früheren Zeit war das Leben „auf Pump" ohne zwingende Not beinahe eine Todsünde. Heute jedoch finden wir nichts mehr dabei, auf Teilzahlung zu leben, also etwas zu verbrauchen, das, streng genommen und etwas überspitzt ausgedrückt, eigentlich noch gar nicht vorhanden ist. Wir sind der Auffassung, daß uns diese „Todsünde" doch offensichtlich gut bekommt. Es ist aber nicht zu leugnen, daß das „Stottern" in der Hochkonjunktur seine Gefahren hat und daß es außerdem vielen Käufern doch nicht so gut bekommen ist, wie gemeinhin geglaubt wird. Aus diesen Gründen ist eine Reform des Teilzahlungssystems dringend nötig.

Das Problem des Konsumentenkredits in Form der Abzahlung ist nämlich deswegen dringlich, weil seine Gefahren für die gesamte Wirtschaft erst in der Hochkonjunktur zum Vorschein kommen, also dann, wenn der Käufer glaubt, sich einen größeren Vorgriff auf die Zukunft gefahrlos erlauben zu können und der Händler eher bereit ist, diesem Vorhaben mit größzügigeren Zahlungsbedingungen Vorschub zu leisten. Die Konsumfinanzierung erhitzt die Konjunktur immer mehr, die schließlich, schneller als erwartet, in die Depression umschlagen kann. Die Erfahrungen, die die Amerikaner in der großen Krise der dreißiger Jahre gemacht haben, haben im letzten Krieg zu gesetzlichen Regelungen in den USA geführt, die die Laufzeit der Raten und die Höhe der Anzahlungen so verändern, daß das Teilzahlungsgeschäft in der Krise ermuntert, in der Hochspannung jedoch erschwert wird.



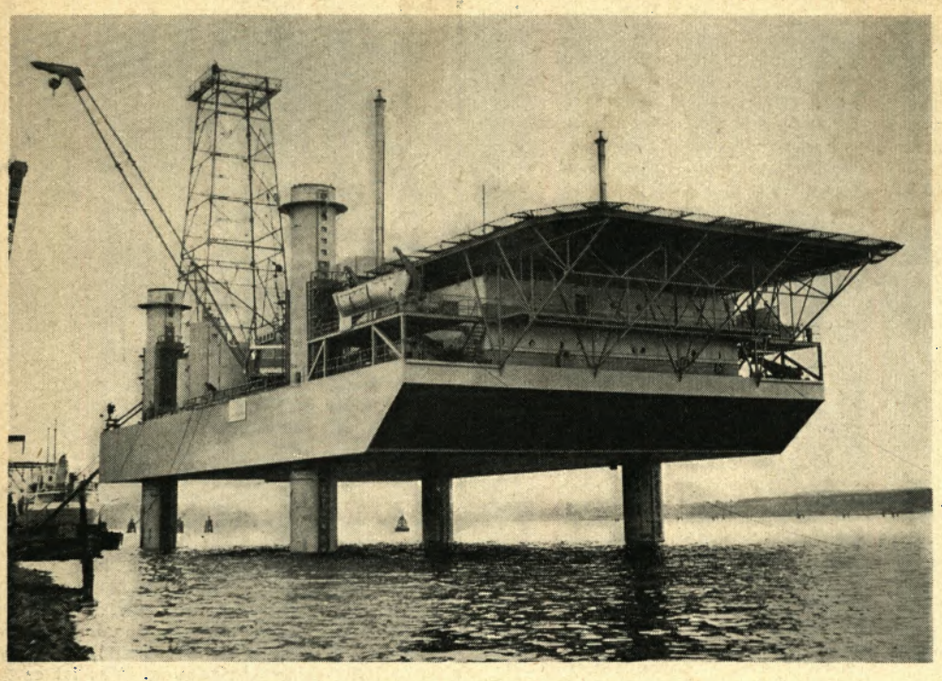
Oft hört man den Ausspruch „. . . jemand sei scharf geladen". Das heißt, daß er seinen aufgespeicherten Groll an anderen ausläßt. Dieser Mensch (und seien wir ehrlich, wie oft sind wir das selbst!) ist ein Greuel für seine Umgebung. Was ist es nun aber, was diese Unberechenbarkeit und Aggression auslöst?

Leben heißt, irgendwelche Ziele verfolgen, ganz gleich, ob es ein kleines Alltagsziel, wie das Großreinemachen, oder ein größeres, wie die Verwirklichung eines Ferienplanes, oder ein großes, wie das Ansammeln eines Kapitals für einen sorgenfreien Lebensabend, ist. Stellen sich uns dabei scheinbar unüberwindliche Mächte in den Weg — seien es Umstände —, so entsteht in uns das fressende Unlustgefühl, mit gebundenen Händen zusehen zu müssen, wie unsere Pläne scheitern, und plötzlich packt uns sinnlose Wut. Die Reihenfolge ist immer dieselbe: Verhindertsein — Enttäuschung — Groll — aggressives Verhalten. Erst wenn wir wissen, was da eigentlich in uns vorgeht, können wir uns und anderen kraft dieser Einsicht viel Verdruß ersparen. Der durch aufgespeicherten Groll ausgelöste „Aggressionstrieb" manifestiert sich auf verschiedenste Art. Er kann nach innen schlagen, gegen das eigene Ich, und dann womöglich zum Selbstmord führen; er kann sich unmittelbar gegen die „feindliche" Person oder Sache richten; er kann sich ein völlig unschuldiges Objekt zur Zielscheibe nehmen, den Hund, den Stuhl, eine Vase, ein Familienmitglied, ja, einen unbeteiligten Fremden. Die Psychologen sprechen dann von einer „Ersatzhandlung". Spürt man, daß es in einem gärt, so hat man mehrere Möglichkeiten, den wachsenden Aggressionstrieb rechtzeitig abzuleiten. Zunächst versuche man, das Hindernis zu beseitigen, das einem im Wege steht. Aber auch einfache Ersatzhandlungen, die keinem wehtun, mögen helfen. Unmittelbare Erleichterung bringt es schon, wenn man sich körperlich gehörig ausarbeitet, etwa in den Garten geht und wie besessen umgräbt oder einen Gewaltmarsch macht, sich auf der Kegelbahn austobt oder mit Steinen nach einer Flasche wirft. In jedem Falle ist ein Ratschlag unbedingt wichtig: Nicht explodieren! Lieber abreagieren! An allen Ecken und Enden stoßen wir in unserer Welt heute auf eine schleichende Verärgerung und Verbitterung. Indem wir uns selbst erkennen lernen, können wir den auf uns lastenden Druck wesentlich vermindern und die ihm innewohnenden Energien für ein besseres Verständnis unserer selbst und unserer Mitmenschen nutzbar machen.

Aus: »Das Beste« aus Reader's Digest

http://rosa-luxemburg-stiftung.de/archives

Echo der Arbeit



„ADMA ENTERPRISE"

Die größte Erdölbohrinsel der Welt, die „Adma Enterprise", ist in Audorf bei Rendsburg fertiggestellt worden. Über den Stapellauf dieser ersten in Deutschland gebauten Erdölbohrinsel auf dem am Nord-Ostsee-Kanal gelegenen GHH-Dockplatz in Audorf berichteten wir in Ausgabe 7 der Werkzeitschrift ausführlich. In Kürze wird jetzt die 4500 Tonnen schwere künstliche Insel ihre Reise nach dem Persischen Golf antreten. Etwa acht bis zwölf Wochen wird der Schlepp dauern. Die 33 mal 67 Meter große Insel mit einer zusätzlichen Hubschrauberplattform von 24 mal 24 Meter ruht auf vier Caissons, die einen Durchmesser von je drei Meter haben. Durch eine hydraulische Hebevorrichtung kann die Insel stufenweise aus dem Wasser gehoben werden und ruht dann ausschließlich auf den Caissons, die im Endzustand eine Länge von 45 Metern haben. Unser Bild zeigt die Insel auf den teilweise (etwa 30 Meter) ausgefahrenen Stützen. Vorn das Hubschrauberlandedeck, am hinteren Ende der Bohrturm. Die Insel wird im Einsatz eine Besatzung von etwa 50 Mann haben. Die eigene Kraftanlage hat eine Leistung von rund 2800 PS. Die GHH ist die erste europäische Firma, die jetzt eine schwimmende Erdöl-Bohrinsel gebaut hat.

BAUSTELLE IN WALSUM

In Walsum wird bald gebaut. Über die Planungen zu den ersten Wohnungen für unsere Walsumer Kollegen berichten wir im Monatsbericht auf Seite 185 dieser Ausgabe. Der Wohnraumbedarf steigt hier in Kürze an, da nach Fertigstellung der geplanten Erzaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Südhafens Walsum zusätzliche Belegschaftsmitglieder eingestellt werden müssen. Mit dem Bau dieser Erzaufbereitungsanlage ist inzwischen auch begonnen worden. Wie unser nebenstehendes Bild zeigt, gehen die Arbeiten sehr zügig voran. An dem Platz, wo einmal die Erzbrechanlage stehen wird, ist die Baugrube schon ausgehoben. Der Unterbeton ist eingebracht. Als dieses Bild aufgenommen wurde, begann man gerade damit, den Rundstahl zu verlegen und die Fundamente einzuschalen. Das Foto gibt einen guten Überblick über die ziemlich großen Ausmaße der Baustelle. Nach Fertigstellung des gesamten Projektes wird hier in Walsum die Arbeit schneller und einfacher erledigt werden können. Über eine Bandanlage am Kai gelangt das ausgeladene Erz in die Brechanlage, wird dort gebrochen und läuft weiter in die Bunkeranlage. Von dort wird es in Eisenbahnwaggons verladen, die es auf dem Werksschienennetz nach Oberhausen schaffen.





HÄUSER VERSCHWINDEN

Die mit dem Bau des neuen Hochofens zusammenhängenden Vorarbeiten sind bereits in vollem Gange. Auf unserem Bild werden die ersten Häuser in der Karl-Lueg-Straße abgerissen. Diese Straße wird bekanntlich einmal vollständig verschwinden. Das ist erforderlich, damit durch den Bau des Hochofens und der damit verbundenen Anlagen die Roheisenkapazität des Werkes verstärkt und der Arbeitsplatz dadurch noch krisenfester und sicherer wird. Andere Vorarbeiten im Rahmen des geplanten Hochofenneubaus sind teilweise schon beendet. So ist das alte Lagerhaus der Verkaufsanstalten an der Essener Straße inzwischen auch vollständig abgerissen. Hier ungefähr kommt der neue Hochofen zu stehen. Wie wir schon mehrfach berichteten, sind die Verkaufsanstalten umgezogen zur Vestischen Straße in Sterkrade, wo ein neues Verwaltungs- und Lagergebäude entstand. Auch die Außenarbeiten des neuen Kühlturms auf EO II, der im Zuge des Hochofenneubaus errichtet wird, sind zu Ende geführt. Inzwischen wird im Innern die eigentliche Kühlanlage eingebaut. Sobald der neue Kühlturm in Betrieb genommen werden kann, werden die beiden hinter ihm stehenden alten Türme abgerissen. Sie machen Platz für neu zu verlegende Gleisanlagen.

thyssenkrupp Corporate Archives